Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 119 (1993)
Heft: 21

Artikel: Schont die Bundeskasse - schafft die Kantone ab
Autor: Wullschleger, Willi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-609786

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willi Wullschleger

Schont die Bundeskasse – schafft die Kantone ab

Die Bundeskasse ist so leer wie die Brunnen in der Sahara. Kantonen und Gemeinden geht es nicht besser. Sparen und den Gürtel enger schnallen ist bereits zur Devise aller Kassenwarte geworden. Um allerdings aus den tiefroten Zahlen zu kommen, gibt es nur ein einziges probates Mittel: Die Kantone müssen endlich abgeschafft werden!

Am 26. Juni wird mit viel Trara und schönen Politikerreden die Autobahnumfahrung von Genf eingeweiht. Eine Autobahn wäre keine Autobahn, gäbe es keine Autobahnpolizei. Dummerweise verfügt der Kanton Genf über keine solche Spezialeinheit und löste das Problem bis anhin freundeidgenössisch über die Grenzen des Kantons hinweg. Das heisst: Die Waadtländer Strassenflics sorgten auf den elf Genfer Autobahnkilometern zum Rechten und stellten den Genfern für geleistete Dienste Rechnung.

Ein Mahnmal föderalistischen Denkens

Weil Ende Juni nun aber alles viel umfangreicher werden wird und dem Kanton Genf total 27 Autobahnkilometer zur Verfügung stehen werden, sollen hierfür 29 Polizisten eingestellt werden. In Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit darf die hohe Polizistendichte pro Autobahnkilometer wirklich niemanden stören, und es sollte in anderen Krisenregionen des Landes ernsthaft überlegt werden, ob die neueste automobilistische Arbeitsbeschaffung auch dort zur Anwendung gelangen könnte.

Ein klitzekleines Problem allerdings haben die vifen Genfer Behörden noch nicht gelöst: Wie werde ich mit dem Kantönligeist fertig? Die Waadtländer Polizei wird auf der N1 weiterhin die Genfer Enklave Céligny bei Nyon betreuen, die Genfer Polizei im Gegenzug ein Stückchen Waadtländer Autobahn überwachen. Nun aber, nachdem Hunderte Millionen von Franken in die neue Autobahn gesteckt worden sind, tauchen die wahren Probleme erst auf. «Die Polizeiautos oder die Schneeräumungsmaschinen müssen an der Kantonsgrenze umkehren können», zeigt Robert Dubray vom Waadtländer Autobahnbüro klipp und klar auf, wo die Grenzen zwischen der Waadt und Genf vorbeiführen. Nachdem sich die Genfer bereits unter dubiosen Umständen eine Bundesrätin unter den Nagel gerissen haben, gilt es in Zukunft für die stolze Waadt gegenüber dem Rhonekanton besonders wachsam zu sein.

An der imaginären Grenze bei Commugny (VD) ist weder eine Aus- noch eine Einfahrt vorhanden, so dass jetzt für die Waadtländer Fahrzeuge eine Möglichkeit geschaffen werden muss, die Autobahn zu verlassen, bevor sie feindliches Genfer Territorium befahren. Die Kosten für dieses Mahnmal föderalistischen Denkens, die vom Bund und vom Kanton Waadt getragen werden, belaufen sich auf 1 bis 1,5 Mio. Franken.

Braucht's ein Visum für das Rütli?

Der zwischen Genf und Waadt erwachende Kantönligeist wird mit Sicherheit auch andere Kantone hellhörig machen. Die Schiffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee will auf die Sommersaison hin nur noch kantonale Schiffe zulassen und die Passagiere auf hoher See jeweils beim Überqueren der kantonalen Grenzen auf den richtigen Kahn umsteigen lassen. Ein Tip an die Ausserschweizer: Identitätskarte nicht vergessen und vor jedem Reiseantritt abklären, ob für den Eintritt in die Urschweiz ein Visum vonnöten ist.

Nachdem es wahrscheinlicher geworden ist, dass Nord- und Südkorea wieder zusammenfinden als dass sich die Inneren und Äusseren Rhoden von Appenzell im Jahr 1997 nach 500 Jahren Trennung wiedervereinen, wird zwischen den beiden Halbkantonen neuerdings der Strassenzoll eingeführt. Das trägt nicht nur zur Gesundung der Staatskassen bei, in den Zollhäuschen am Stoss und an der Vögelinsegg werden auch neue Arbeitsstellen für abgehalfterte Kantonalbank-Manager geschaffen.

Der Kanton Jura will nach dem nächsten «Fête du peuple jurassien» im September nur noch solche Schweizerinnen und Schweizer auf sein Territorium lassen, die dem Reinheitsgebot des Rassemblement Jurassien aus dem Jahre 1978 entsprechen. Im Tessin sollen ab der nächsten Steuerperiode nur noch jene Schweizer Bürger die Niederlassungsbewilligung erhalten, die ein Vermögen von mindestens 5 Millionen Franken versteuern. In den Kantonen Zürich, Bern und Basel ist geplant, all jene Bürger aus dem Kanton zu werfen, die es wagen, in aller Öffentlichkeit Kritik an den staatlichen Behörden zu üben.

Die Vision kommt aus dem Jura

Sollte Ihnen dieser blühende Föderalismus zu weit gehen, müssen Sie Philipp Wälchli folgen. Der staatspolitische Visionär aus dem Berner Jura hat Ende letzten Jahres eine Neufassung von Artikel 20 der Bundesverfassung verlangt: «Das Gebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft wird in sechs Kantone neu eingeteilt. Jeder der neu zu bildenden Kantone umfasst ein geschlossenes Gebiet. Drei Kantone umfassen die deutschsprachigen, zwei Kantone die französischsprachigen und ein Kanton die italienisch- und rätoromanischsprachigen Gebiete.» Weg mit den 26 kantonalen Krippen, an denen sich heute 166 Regierungsräte, 3005 Gross-, Kantons-, Land- und andere Räte gütlich tun!

Das viele Geld, das mit einer solcherart durchrationalisierten Schweiz eingespart wird, würde vollumfänglich Säckelmeister Otto Stich zufliessen. Als Dank dafür wird der schlaue Finanzminister verpflichtet, alle ausrangierten Regierungsräte innerhalb der Bundesverwaltung einigermassen sinnvoll zu recyclieren.